

NSA verlangte Daten von Tausenden Facebook-Konten

15. Juni 2013

WASHINGTON - Im zweiten Halbjahr 2012 gingen bei Facebook mehrere Tausend Anfragen der US-Behörden ein. Wie viele Daten Facebook freigab ist nicht bekannt.

Im Skandal um die Überwachung des Internets in den Vereinigten Staaten hat der Internetkonzern Facebook erstmals Details zu Anfragen der US-Behörden genannt. Im zweiten Halbjahr 2012 seien 9,000 bis 10,000 Anfragen der US-Behörden eingegangen, teilte das Unternehmen mit.

Bei den Anfragen, die rund 18,000 bis 19,000 Konten auf dem sozialen Netzwerk betrafen, sei es sowohl um Fälle vermisster Kinder, gewöhnliche Kriminalfälle als auch um Terrordrohungen gegangen. Facebook teilte nicht mit, wie oft es den Anfragen entsprach.

Facebook schütze «aggressiv» die Daten seiner Nutzer, versicherte jedoch der Firmenanwalt Ted Ulyot. Oft lehne der Konzern die Anfragen ab, fordere die Regierung auf, ihre Anforderungen herunterzuschrauben, oder gebe einfach weniger Daten als gefordert heraus. In jedem Fall gebe Facebook nur so viel heraus, wie es das Gesetz verlange.

Facebook sieht sich scharfer Kritik ausgesetzt, seitdem bekannt wurde, dass der Konzern ebenso wie acht weitere Internetriesen Daten an den US-Geheimdienst NSA weitergab.

Internet-Nutzer weltweit überwacht

Der Computerexperte Edward Snowden hatte vergangene Woche den Zeitungen «Guardian» und «Washington Post» Dokumente zu dem geheimen Überwachungsprogramm Prism übermittelt. Mit diesem verschafft sich die NSA Zugang zu den Daten grosser Internetkonzerne wie Facebook, Google, Microsoft, Apple, Yahoo und AOL.

Die NSA kann so den Angaben zufolge das Kommunikationsverhalten von Netznutzern weltweit auswerten. Die betroffenen Unternehmen bestreiten aber, dass der Geheimdienst direkten Zugriff auf ihre Server hat.

Der «Guardian» veröffentlichte ausserdem einen geheimen Gerichtsbeschluss, der es der NSA erlaubt, im Anti-Terror-Kampf wahllos Daten über die Handyverbindungen von Millionen Menschen in den USA zu sammeln. Nach Angaben der NSA wurden durch das Programm «dutzende Terroranschläge» verhindert, Details dazu nannte der Geheimdienst aber noch nicht.

Facebook war nach eigenen Angaben der erste Konzern, der Informationen zu den Anfragen bekannt geben durfte, allerdings auf Drängen der Regierung nur in pauschaler Form.